

## INHALT

1. Opposition beantragt dritte Lesung des Hochschulgesetzentwurfes
2. CDU fordert Reduzierung der Kreditermächtigungen der HSH
3. CDU-Landtagsfraktion kämpft gegen „Misstrauensbeauftragten“ bei der Polizei
4. Grüne wollen Tempolimit auf allen Autobahnen im Land
5. Schlechte Nachrichten für Schleswig-Holsteins Wirtschaft

11.12.2015

### **Opposition beantragt dritte Lesung des Hochschulgesetzentwurfes Hochschulen völlig überrascht von Änderungsanträgen der Regierungsfractionen**

An diesem Freitag haben die Oppositionsfraktionen von CDU, FDP und Piraten gemeinsam eine dritte Lesung des Hochschulgesetzentwurfes beantragt. Der Geschäftsordnungsantrag wird kommende Woche im Landtag beraten. Der CDU-Fraktionsvorsitzende begründete den Antrag mit den Worten: „Mit ihrer Handstreichstrategie wollen die Regierungsfractionen die von ihnen gewollte Einschränkung der Hochschulautonomie offensichtlich im Schatten der Haushalts- und HSH-Beratungen durch das Parlament bringen. Das werden wir ihnen nicht durchgehen lassen.“

Was war passiert: Am Montag Nachmittag hatten die Regierungsfractionen in einer Pressemitteilung ihre Änderungen präsentiert. Ein Auszug: „Durch ein erfolgreiches und breit angelegtes Dialogverfahren mit allen Akteuren an den Hochschulen schaffen wir ein modernes Hochschulgesetz, in dem die demokratischen Strukturen der Hochschulen gestärkt werden und das einer veränderten Hochschullandschaft gerecht wird.“

Unter anderem sollen mit den Änderungsanträgen den „Ethikkommissionen“ mehr Rechte gegeben werden. Sie können künftig drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte daraufhin unter die Lupe nehmen, ob sie gegen „allgemeine ethische Grundsätze“ verstoßen. Professoren sehen sich dadurch in ihrer Forschungsfreiheit beschnitten. Hochschulen mit mehr als 5000 Studierenden wird vorgeschrieben, einen hauptamtlichen Diversitätsbeauftragten zu ernennen, der sich um Studierende kümmert, die wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden.

Bereits am Dienstag wurde deutlich, wie erfolgreich das Dialogverfahren der Regierungsfractionen aus Sicht wesentlicher „Akteure“ tatsächlich verlaufen war. „Eine Vielzahl der von den Hochschulen eingereichten Änderungsvorschläge wurde im Gesetzesentwurf nicht berücksichtigt“, erklärte die Hochschulrektorenkonferenz in einer Pressemitteilung. Statt dessen sollten „völlig neue Regelungen, die in der bisherigen Diskussion mit den Hochschulen keine prominente Rolle gespielt haben, plötzlich Eingang in

den Gesetzestext finden. „Insgesamt werden die vorgesehenen Einzelregelungen zu einer massiven zusätzlichen Bürokratisierung und Überregulierung führen“, beklagten die Hochschulen.

Die CDU-Fraktion forderte nach dieser Reaktion am Donnerstag im Bildungsausschuss eine weitere Anhörung zu den Regierungsplänen. „Das sind weitgehende und kostspielige Änderungen, welche die akademische Freiheit in erheblichem Maße beeinträchtigen. SPD, Grüne und SSW haben den Eindruck erweckt, ihre Änderungen seien mit den Hochschulen abgestimmt und von diesen gewollt. Das ist offensichtlich nicht der Fall. Deshalb ist eine weitere Anhörung unausweichlich“, begründete der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Volker Dornquast, den Antrag.

SPD, Grüne und SSW lehnten eine weitere Anhörung ab. „Demokratische Gepflogenheiten gelten unter der Albig-Regierung bekanntlich nur für diejenigen, die nicht regieren. Unsere Hochschulen sind ein weiteres Opfer des vorgetäuschten Dialoges von SPD, Grünen und SSW geworden“, sagte der CDU-Angeordnete dazu. Am Freitag gab es dann die gemeinsame Initiative der Opposition.



Daniel Günther, CDU-Fraktionschef

---

### **CDU fordert Reduzierung der Kreditermächtigungen der HSH Fraktionen aus Schleswig-Holstein und Hamburg haben deckungsgleiche Änderungsanträge gestellt**

Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat in dieser Woche einen Änderungsantrag für die Dezembersitzung des Landtages zur Neustrukturierung der HSH-Nordbank gestellt. Dieser ist inhaltlich mit der CDU-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft abgestimmt. Im Kern geht es um eine deutliche Reduzierung der Kreditermächtigungen.

„Der von Finanzministerin Monika Heinold ausgehandelte Weg ist nicht alternativlos. Auch bleiben die Landesregierungen jeden Nachweis schuldig, dass es der günstigste Weg für die Steuerzahler ist. Gemeinsam mit unseren Hamburger Kollegen zeigen wir auf, wie es besser geht. In der vorgelegten Form können wir dem Staatsvertrag nicht zustimmen“, erklärte dazu der Vorsitzende der CDU-Fraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, auf einer am Dienstag kurzfristig einberufenen Pressekonferenz.

Die Union sei nach wie vor bereit, das vorgesehene Gesamtkonstrukt mitzutragen. Allerdings seien die eingeplanten Summen zu hoch angesetzt. Auch wollten die Landesregierungen

nahezu jede Kontrolle über die weiteren Prozesse an die Bank abgeben.

„Wir bleiben dabei: Einen Blankoscheck darf es nicht geben. So lange wir den Wert der Ramschpapiere nicht kennen, setzen wir die Ermächtigung deshalb niedriger an“, so Günther. Der CDU-Antrag sieht vor, die Kreditermächtigungen für die „hsh portfoliomanagement AöR“ auf 3,1 Milliarden Euro zu begrenzen. Darüber hinaus werde der maximale Kreditrahmen für die „hsh finanzfonds AöR“ auf 7,5 Milliarden Euro abgesenkt.

„Diese Summen reichen zur Risikoabdeckung für jedes uns von der Landesregierung vorgestellte Szenario völlig aus. Es ist nicht einzusehen, weshalb der maximale Kreditrahmen höher angesetzt wird“, erklärte CDU-Finanzexperte Tobias Koch.

Für die Union in Schleswig-Holstein und Hamburg sei darüber hinaus entscheidend, dass im Zuge der Übernahme und Abwicklung notleidender Schiffskredite durch die „hsh portfoliomanagement AöR“ auch die Auswirkungen auf die maritime Wirtschaft und die Sparkassenlandschaft in Hamburg und Schleswig-Holstein berücksichtigt werden.

„Nur in einem Punkt haben wir einen anderen Fokus als die Hamburger CDU-Bürgerschaftsabgeordneten: Die Landesregierung in Schleswig-Holstein muss im Zuge des Verkaufsverfahrens sicherstellen, dass die Interessen des Standortes Kiel, insbesondere im Hinblick auf den Erhalt von Arbeitsplätzen, bestmöglich gewahrt werden“, so Koch.

Nachdem die Hamburger Bürgerschaft – gegen die Stimmen der gesamten Opposition – in dieser Woche den Staatsverträgen zugestimmt hat, sind die Chancen auf eine Einigung zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen in Schleswig-Holstein gleich Null.

Link zum Änderungsantrag:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/zusatz-antrag-hsh-nordbank.pdf>



Tobias Koch, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

---

## **CDU-Landtagsfraktion kämpft gegen „Misstrauensbeauftragten“ bei der Polizei Abgeordnete besuchen Polizeistationen in ganz Schleswig-Holstein**

Anfang der Woche schwärmten die Abgeordneten der CDU-Fraktion aus. Sie besuchten flächendeckend im Land Polizeistationen.

„Wir wollen den Polizistinnen und Polizisten im Land für ihren Einsatz danken. Für uns sind und bleiben sie Freund und Helfer. Als Landtagsabgeordnete wollen wir uns aus erster Hand über

die Sicherheitslage informieren. Und wir wollen erfahren, wo bei der Polizei der Schuh drückt“, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende, Daniel Günther. Damit wolle die CDU-Fraktion auch ein klares Signal setzen, dass sie die von SPD, Grünen und SSW beschlossene Einführung eines Misstrauensbeauftragten gegen die Polizei ablehnt.

Nachdem in den Medien breit über die Besuche berichtet wurde, bezeichnete der Grüne Abgeordnete Burkhard Peters diese als „von der Arbeit abhalten“.

„Wenn Peters solche Gespräche selber führen würde, hätte er seinen Gesetzentwurf zurück gezogen. Er scheint jedoch nicht gewillt zu sein, seine ideologische Verbohrtheit durch Gespräche mit Betroffenen trüben zu lassen“, konterte CDU-Innenexperte Dr. Axel Bernstein.

Peters schreibe in seiner Begründung selbst, dass in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren keine eklatanten Fälle polizeilichen Fehlverhaltens bekannt geworden seien. Die daraus folgende Ableitung einer Notwendigkeit für die neue Beschwerdestelle sei aberwitzig.

„Natürlich müssen die Polizistinnen und Polizisten die Schaffung einer weiteren unnötigen Beschwerdestelle als Misstrauen verstehen. Als was denn sonst?“, fragte Bernstein.

Er nannte die Tatsache, dass Peters sich ohne die Koalitionspartner zu Wort melde, ein „Zeichen politischer Einsamkeit. Offensichtlich wollten SPD und SSW sich nicht gemeinsam äußern. Der Innenminister schweigt ebenfalls laut. Peters ist mit seiner Meinung ziemlich allein“, sagte der CDU-Abgeordnete.



Dr. Axel Bernstein, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

---

## **Grüne wollen Tempolimit auf allen Autobahnen im Land CDU lehnt landesweite Begrenzung auf 130 km/h ab**

Im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und SSW wurde vor drei Jahren vereinbart, alle Autobahnabschnitte im Land auf die Notwendigkeit von Geschwindigkeitsbeschränkungen zu überprüfen. Nachdem das grün/rot regierte Baden-Württemberg nun auf allen Autobahnen ein durchgehendes 120 Km/h Tempolimit testen wollen, bringen die Grünen im Norden das Thema wieder auf die Tagesordnung. Sie fordern, im Rahmen eines Pilotprojektes ein durchgehendes Tempolimit auch in Schleswig-Holstein zu testen.

Zwar sprach sich Verkehrsminister Reinhard Meyer in der aktuellen Debatte gegen ein generelles Tempolimit aus. Der Grüne Abgeordnete Andreas Tietze betonte jedoch, koalitionsintern werde über eine Begrenzung auf 130 Kilometer pro Stunde geredet. Der

Straßenverkehr müsse einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Außerdem würde sich langsames Fahren positiv auf die Unfallzahlen auswirken.

CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp konterte: „Seit Jahrzehnten haben Studien bewiesen, dass ein solches Tempolimit auf Autobahnen nichts bringt. Die Autobahnen sind die sichersten Straßen. Ein Tempolimit hat deshalb anders als von Tietze behauptet überhaupt keine Auswirkungen auf das Unfallaufkommen. In den vor allem durch die grüne Blockade wichtiger Straßenprojekte im Norden verursachten Staus wird am meisten Treibstoff verschwendet. Die meisten Schleswig-Holsteiner wären froh, wenn sie überhaupt einmal über 120 fahren könnten“, sagte der CDU-Verkehrsexperte.

Für das von Tietze geforderte Pilotprojekt im Land gebe es darüber hinaus keine rechtliche Grundlage. „Das ist nur ein weiterer Versuch der Grünen, den Menschen das Autofahren zu verleiden“, so Arp.



CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp

---

### **Schlechte Nachrichten für Schleswig-Holsteins Wirtschaft Zahl der Insolvenzen steigt, Zahl der Gründungen sinkt**

Trotz der immer noch guten Konjunktur im Land gab es in dieser Woche schlechte Nachrichten aus der Wirtschaft. Nachdem in den vergangenen Jahren die Zahl der Insolvenzen rückläufig war, zeichnet sich eine Trendwende ab. 8,1 Prozent der Betriebe in Schleswig-Holstein droht nach einer aktuellen Studie der Wirtschaftsauskunftei Bürgel in den kommenden drei Jahren die Pleite.

Besonders betroffen von einer Insolvenz seien die Gastronomiebetriebe. Bis zu 14,4 Prozent der Gastgewerbe könnten in Zahlungsnöte geraten. In der Logistik sind 12,7 Prozent der Unternehmen betroffen.

Nach einer Meldung des Statistikamts Nord sinkt darüber hinaus auch die Zahl der Unternehmensgründungen. Bis Ende September wurden in Schleswig-Holstein 16 093 Gewerbe neu gegründet, drei Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Gründung von Unternehmen, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lässt, ging sogar um fünf Prozent zurück.

„Nach dem in der vergangenen Woche gemeldeten Auftragseinbruch bei der Industrie sind das erneut schlechte Nachrichten für unsere Unternehmen und deren Arbeitnehmer.“

Schleswig-Holstein braucht eine wirtschaftsfreundlichere Politik“, sagte CDU-Wirtschaftsexperte Johannes Callsen dazu.



Johannes Callsen, CDU-Wirtschaftsexperte

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)